Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
18. November 2019

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Kath. Gemeindehaus Sitzung

Oberbürgermeister Dr. Frank gibt bekannt, dass, er den Tagesordnungspunkt 3, „Barrierefreie Erschließung des neuen Bürgerbüros im Rathaus Tiengen“, absetzt.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zur Erläuterung der Maßnahme – ohne Beschlussfassung – auf der Tagesordnung zu belassen.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, möchte bei der nächsten Beratung dieses Punktes einen Vertreter des Landesdenkmalamtes dabei haben.

Nach weiterer Erörterung lässt der Oberbürgermeister über den Antrag von Stadträtin Kummle abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Tagesordnungspunkt „Barrierefreie Erschließung des neuen Bürgerbüros im Rathaus Tiengen“ zur Erläuterung der Maßnahme – ohne Beschlussfassung – auf der Tagesordnung zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Oberbürgermeister Dr. Frank über die Beschlussfassungen in der vorangegangenen Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses sowie Bürgermeister Baumert über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.

Oberbürgermeister Dr. Frank zieht den Tagesordnungspunkt 8, „Einbringung des Haushaltsentwurfs 2020“, vor – Einwendungen werden nicht erhoben.

104.

Einbringen des Haushaltsentwurfs 2020:

Oberbürgermeister Dr. Frank bringt den Haushaltsentwurf 2020 ein und informiert über die Eckdaten und die wichtigsten Maßnahmen des kommenden Haushaltsjahres. Das Redemanuskript des Oberbürgermeisters ist dem Protokoll beigelegt.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, möchte das Redemanuskript – der Oberbürgermeister sagt dies zu.

105.

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Breitenfelder Straße“, Tiengen:

a) Aufstellungsbeschluss

b) Offenlagebeschluss

Bürgermeister Baumert erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle mit der Maßgabe, dass die Fassaden mit Holz verkleidet werden sollen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Waldshut-Tiengen beschließt gemäß § 2 (1) BauGB, den Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Breitenfelder Straße“ (Aufstellungsbeschluss) einzuleiten. Der Bebauungsplan erfolgt im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB.
2. Der Gemeinderat der Stadt Waldshut-Tiengen billigt den Entwurf des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Breitenfelder Straße“ mit der Maßgabe, dass die Fassaden mit Holz verkleidet werden und beschließt die Bürger- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) BauGB durchzuführen (Offenlagebeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

106.

Ausbauvorhaben B 34 :

Vorstellung der vorgesehenen Maßnahmen

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Referatsleiter Dieter Bollinger von der Abteilung Straßenbau des Regierungspräsidiums Freiburg.

Herr Bollinger erläutert die zwischen der Anschlussstelle Tiengen-West und dem Kreisverkehr auf Höhe des OBI-Baumarktes vorgesehenen Maßnahmen anhand der beigefügten Präsentation. Die Fertigstellung dieser Maßnahmen sei bis 2026/2027 geplant; falls es im Planfeststellungsverfahren jedoch Einsprüche gebe, könne sich die Fertigstellung verzögern.

Auf Nachfrage von Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erklärt Herr Bollinger, dass die Stadt für die vorgeschlagenen Maßnahmen keine Kosten zu tragen hätte; dies wäre allenfalls für eine evtl. notwendig werdende Verlegung von Buswartehäuschen der Fall.

Auf die Frage von Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, wann der Umbau an der Zollkreuzung Waldshut/Koblentz fertiggestellt werde, antwortet Herr Bollinger, dass man für den 2. Bauabschnitt Gelände von der Bahn benötige und sich die Verhandlungen mit der Bahn in die Länge ziehen würden; es sei vorgesehen, mit dem 2. Bauabschnitt 2022 zu beginnen.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, welche Maßnahmen während der Bauphase geplant seien. Herr Bollinger antwortet, dass die Maßnahmen im laufenden Verkehr realisiert würden, wobei die Verzögerungen so gering wie möglich gehalten werden sollen.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, bittet darum, bereits jetzt durch entsprechende Beschilderungen und Signalanlagen die LKW-Ströme in die Kupferschmidstraße zu lenken. Herr Bollinger antwortet, dass er diesbezüglich mit Sachgebietsleiter Wiener vom städtischen Ordnungsamt in Kontakt sei.

107.

Barrierefreie Erschließung des neuen Bürgerbüros im Rathaus Tiengen:

Vorstellung

Bürgermeister Baumert führt in das Thema ein.

Hochbauamtsleiter Lorenz Wehrle weist zunächst darauf hin, dass diese Maßnahme bereits bei der Haushaltsklausur des Gemeinderates zum Haushalt 2019 vorgestellt worden sei und die Pläne – einschließlich möglicher Alternativen für einen Personenaufzug – im Rahmen

der Baugenehmigung in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 8. April 2019 vorgestellt worden seien.

Als erste Alternative zur vorgeschlagenen Rampe am Haupteingang des Rathauses erläutert Herr Wehrle die Schaffung eines zweiten Eingangs auf der Gebäudevorderseite mit Durchgang durch das Archiv des Standesamtes. Hierbei wäre ein Ersatzraum für das Standesamt notwendig, was zu einer Auslagerung des Standesamtes führen würde.

Als zweite Alternative erläutert Herr Wehrle die Anbringung eines Personenaufzuges an der Gebäuderückseite (Weihergasse). Die Kosten hierfür beziffert er auf ca. 340.000 €, unabhängig davon, ob der Personen innerhalb oder außerhalb des Gebäudes angebracht würde. Als nachteilig nennt Herr Wehrle, dass der Durchgang zwischen Hauptstraße und Weihergasse ein Gefälle von 11 % habe; um als barrierefrei zu gelten, seien max. 6 % Gefälle erlaubt. Das Hochbauamt sei deshalb zur Auffassung gekommen, dass das Anbringen einer Rampe am Haupteingang des Rathauses die beste Lösung sei. Entgegen der bisher gezeigten Pläne sei nur ein Handlauf (zur Gebäudeseite) notwendig, so dass die Rampe optisch nicht mehr so stark in Erscheinung trete.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, regt an, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, ob es möglich sei, im Kaitle auf dem Gelände hinter den Stadtwerken, anstelle der bisher vier in der Stadt vorhandenen Verwaltungsgebäude, ein gemeinsames Gebäude (inkl. Stadtwerke) zu errichten, wobei die beiden Bürgerbüros in den Innenstädten beibehalten werden sollen. Er kündigt einen diesbezüglichen Antrag für die nächste Sitzung an.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, bittet in Bezug auf den Handlauf der Rampe um Überprüfung der DIN 18040.

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, schlägt als weitere Alternative vor, eine mobile Rampe anzubringen und möchte außerdem, dass die Meinung eines zweiten Architekten eingeholt wird.

Oberbürgermeister Dr. Frank gibt bezüglich der angeregten Machbarkeitsstudie zu bedenken, dass diese Zeit brauchen würde und bis zu einer möglichen Umsetzung Jahre vergehen würden.

Sitzungspause von 19:35 Uhr bis 19:55 Uhr.

108.

Neubau Feuerwehrgerätehaus mit Kindertagesstätte:

- a) Vergabe Rohbauarbeiten**
- b) Vergabe Spezialtiefbauarbeiten**
- c) Vergabe Erdarbeiten**

Hochbauamtsleiter Lorenz Wehrle erläutert die Sitzungsvorlage und schlägt vor, die drei Gewerke entsprechend der beigefügten Tischvorlage zu vergeben.

Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk Rohbauarbeiten an die Firma Leonhard Weiss GmbH & Co. KG, 73037 Göppingen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk Spezialtiefbauarbeiten an die Firma Keller Grundbau GmbH, 77871 Renchen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk Erdarbeiten an die Firma Ernesti, Waldshut-Tiengen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

109.

Klettgau-Gymnasium Tiengen: Vergabe Lüftungsarbeiten

Hochbauamtsleiter Lorenz Wehrle erläutert die beigefügte Tischvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk Lüftungsarbeiten an die TIB Technik Imbau GmbH, 72636 Frickenhausen, zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

110.

Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes in Waldshut-Tiengen: Beschluss

Sachgebietsleiter Jürgen Wiener erläutert die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation.

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den stellvertretenden Revierleiter Wolfgang Löhle, der die Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes aus Sicht des Polizeireviers Waldshut-Tiengen befürwortet. Bezüglich der vorgeschlagenen mindestens zwei Stellen halte er vier Stellen für optimal – besser seien sechs Stellen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, antwortet Herr Wiener, dass die Kosten für die Ausbildung 5.000 € und für die Ausrüstung 1.000 € je Person betragen würden; hinzu kämen die Kosten für ein Dienstfahrzeug, die bereits im Haushaltsentwurf enthalten seien.

Stadträtin Daniela Tayari, GRÜNE-Fraktion, hält es für sinnvoller, Stellen für Streetworker zu schaffen, um erzieherische Maßnahmen treffen zu können.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, äußert Bedenken bezüglich der Einsätze für das Personal.

Stadträtin Silvia Schelb, SPD-Fraktion, äußert Bedenken wegen der Kosten für die Stadt; sie sehe dies als Landesaufgabe an.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, hält es für wichtig, dass z.B. beim Busbahnhof die Landespolizei präsent sei und spricht sich außerdem aus Kostengründen gegen die Einrichtung des Ordnungsdienstes aus.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, sieht Vorteile, z.B. bei Heimatfesten und Vereinsveranstaltungen.

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, möchte, dass zusätzlich zum Ordnungsdienst ein Sicherheitskonzept, z.B. für Straßenbeleuchtung, erarbeitet wird.

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, hält den Ordnungsdienst für notwendig und erkundigt sich, ob es für eine Übergangszeit möglich sei, das bereits vorhandene Personal einzusetzen und später aufzustocken.

Herr Wiener bestätigt diese Möglichkeit grundsätzlich, gibt aber zu bedenken, dass sich dieses Personal nicht für solche Aufgaben bei der Stadt beworben hätte.

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, hält in diesem Zusammenhang auch die Überwachung des Taubenfütterungsverbot für wichtig.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung und Umsetzung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) in Waldshut-Tiengen mit einem Stellenvolumen von mind. 2 Stellen in der Entgeltgruppe E 9a nach TVöD.

Nach erfolgter Ausbildung soll der KOD schnellstmöglich noch in der Saison 2020 eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
3 Nichtteilnahmen

Bürgermeister Baumert übernimmt die Sitzungsleitung.

111.

Städtischer Forst:

Verkehrssicherungspflicht Waldränder – Vergabe

Stadtkämmerer Martin Lauber erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Dienstleistung über die Verkehrssicherungskontrolle in Höhe von jährlich 25.191 € inkl. MwSt. an die Fa. Harald Würtenberger e. K. zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Harald Würtenberger sowie die Stadträtinnen Anette Klaas und Silvia Schelb haben wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

112.

Spenden

Bürgermeister Baumert verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Oberbürgermeister Dr. Frank übernimmt die Sitzungsleitung.

113.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

114.

Verschiedenes

Antrag GRÜNE-Fraktion zum Radverkehrskonzept

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, stellt für die GRÜNE-Fraktion den beigefügten Antrag, den Punkt „Stand der Planung und Umsetzung des Radwegkonzeptes für Waldshut-Tiengen“, auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung zu nehmen.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt dies zu.

Brandschutzsanierung Kornhaus Waldshut

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, stellt die Frage, warum man für die Brandschutzsanierung des Kornhauses einen Architekten aus Freiburg genommen hätte.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass die Stadt keinen anderen Architekten gefunden habe.

Aktion „1.000 Bäume für 1.000 Kommunen“

Stadträtin Antonia Kiefer, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob sich die Stadt auch an der landesweiten Aktion „1.000 Bäume für 1.000 Kommunen“ beteilige.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt zu, hierüber in der nächsten Gemeinderatssitzung zu berichten.

Waldshuter Weihnachtsmarkt

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, fragt an, warum der Weihnachtsmarkt in Waldshut nur bis 20:00 Uhr und nicht bis 22:00 Uhr geöffnet sei.

Sachgebietsleiter Jürgen Wiener, Ortspolizeibehörde, antwortet, dass die Öffnungszeiten des Weihnachtsmarktes vom Werbe- und Förderungskreis bisher immer so beantragt worden seien.

Ehrenamtspreis

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, erkundigt sich, warum die Verleihung der Ehrenamtspreise in einer separaten Veranstaltung und nicht am Neujahrsempfang stattfinde.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass es nie festgeschrieben gewesen sei, diese Verleihung am Neujahrsempfang vorzunehmen; bei der letzten Verleihung hätte dies zum damaligen Thema „Menschen – Macher – Möglichkeiten“ gepasst, was diesmal nicht der Fall sei.

Baugebiet „Am Kaltenbach“

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, möchte eine Information zum Baugebiet „Am Kaltenbach“ in der nächsten Gemeinderatssitzung.

Fragestunde

Zentrenkonzept – Baugenehmigung Apotheke

Ein Bürger bezieht sich auf eine Information in der Gemeinderatssitzung am 14. Oktober, wonach das Büro Acocella mit der Fortschreibung des Zentrenkonzeptes beauftragt worden sei und die in der davor stattgefundenen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses erfolgte Information über die Nutzungsänderung des ehemaligen Modeladen Vögele in eine Apotheke. Er bezieht sich außerdem auf eine E-Mail von Bürgermeister Baumert, wonach die Fortführung des Zentrenkonzeptes ergebnisoffen sei und auf Aussagen einiger Gemeinderatsmitglieder, dass die Rechtslage umstritten sei.

In diesem Zusammenhang stellt er folgende Fragen:

1. Wenn die Rechtslage doch umstritten ist, warum lässt man sie nicht erst klären, bevor man Genehmigungen erteilt?
2. Warum wurde der Bauausschuss von der Verwaltung nicht über die Möglichkeit einer Veränderungssperre informiert?
3. Warum wurde die Bauherrschaft bereits mindestens 2 Wochen vor dem Bauausschuss dahingehend informiert, dass einer Genehmigung quasi nichts im Wege stünde?
4. Wie soll das Zentrenkonzept ergebnisoffen sein, wenn doch mit der Genehmigung einer Apotheke schon wieder ein Pflock eingeschlagen wird, der nicht mehr zu entfernen ist?

Bürgermeister Baumert nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- zu 1. Die Baugenehmigung sei geprüft und sei rechtmäßig.
- zu 2. Die Zulässigkeit einer Veränderungssperre sei an klare Regeln gebunden. So müsse im Vorfeld bereits ein Bebauungsplan oder dessen Änderung beschlossen und die Öffentlichkeit darüber informiert worden sein. Darüber hinaus müsse ein Planungskonzept vorliegen. Mit anderen Worten, dürfe eine Veränderungssperre keine rein aufschiebende Wirkung haben und entsprechend auch keinen Raum schaffen, um erst eine Planung zu entwickeln. Eine Veränderungssperre dürfe nicht willkürlich eingesetzt werden zur Verhinderung eines Projekts.
- zu 3. Eine schriftliche Zusage einer Baugenehmigung sei nicht erfolgt; die Durchsicht in Schriftverkehren habe keinen Hinweis ergeben.
- zu 4. Die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes werde zurzeit erarbeitet und sei somit ergebnisoffen.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, hält die in diesem Zusammenhang gemachte Aussage, dass der Gemeinderat für die Baugenehmigung nicht zuständig sei, für nicht haltbar. Es stelle sich die Frage, ob eine Apotheke ein Verbrauchermarkt ist. Ihrer Meinung nach gehöre eine Apotheke in die Innenstadt.

Bürgermeister Baumert antwortet, dass es für das betreffende Gebiet einen Bebauungsplan für ein Sondergebiet gebe, der das Zentrenkonzept nicht einbeziehe. Seiner Meinung nach sei die Baugenehmigung rechtmäßig. Er bietet dem Bürger an, dass sich dessen Fachanwalt mit Bauverwaltungsamtsleiterin Albert in Verbindung setzen kann.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Klaus Teufel,
Protokollführer